

NDR Info Das Forum
STREITKRÄFTE UND STRATEGIEN
Andreas Flocken

24.08.2019 /19.20-19.50 Uhr
25.08.2019 /12.30-13.00 Uhr
E-Mail: streitkraefte@ndr.de
www.ndr.de/streitkraefte

Inhalt:

- Wegschauen der Bundesregierung? Die Rolle des Stützpunktes Ramstein bei US-Drohnen-Angriffen
- Aufwuchs der Bundeswehr - Wie der Marine-Ausbau Eckernförde verändern wird
- Konkurrenz zur EU-Rüstungspolitik? US-Fonds soll mittelosteuropäische Staaten zum Kauf von US-Waffen bewegen

Zur Verfügung gestellt vom NDR
Dieses Manuskript ist urheberrechtlich geschützt und darf nur für private Zwecke des Empfängers benutzt werden. Jede andere Verwendung (z.B. Mitteilung, Vortrag oder Aufführung in der Öffentlichkeit, Vervielfältigung, Bearbeitung, Übersetzung) ist nur mit Zustimmung des Autors zulässig. Die Verwendung für Rundfunkzwecke bedarf der Genehmigung des NDR.

Willkommen zu einer neuen Ausgabe der Sendereihe, am Mikrofon begrüßt Sie Andreas Flocken.

Heute wollen wir uns mit diesen Themen beschäftigen:

- Wegschauen der Bundesregierung? Die Rolle des Stützpunktes Ramstein bei US-Drohnen-Angriffen
- Aufwuchs der Bundeswehr - Wie der Marine-Ausbau Eckernförde verändern wird. Und:
- Konkurrenz zur EU-Rüstungspolitik? US-Fonds soll mittelosteuropäische Staaten zum Kauf von US-Waffen bewegen

Schon seit Jahren führen die USA einen Drohnenkrieg gegen mutmaßliche Terroristen. Die gezielten Tötungen erfolgen weitgehend im Verborgenen. Diese Angriffe sind rechtlich umstritten – zumal es immer wieder passiert, dass auch unbeteiligte Zivilisten getötet werden. Eine wichtige Rolle bei diesen Drohnenangriffen spielt offenbar die US Air Base Ramstein in Rheinland-Pfalz – einer der größten US-Militärstützpunkte außerhalb der USA. Die Bundesregierung hat bisher jedoch keinen Handlungsbedarf gesehen.

Ramstein ist jetzt wieder stärker in den Fokus der Öffentlichkeit gerückt. Grund ist ein Gerichtsverfahren gegen die Bundesregierung. Es geht um einen US-Drohnenangriff im Jemen vor sieben Jahren. Dabei sind mehrere Zivilisten getötet worden. Angehörige der Opfer haben gegen die Bundesregierung geklagt. Und vor dem Oberverwaltungsgericht in Münster erzielten die Kläger im März einen Teilerfolg. Die Bundesregierung, so die Richter sinngemäß, müsse sich vergewissern, ob die Air Base Ramstein für US-Drohnenangriffe genutzt werde, die mit dem Völkerrecht vereinbar seien. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig. Der Ball liegt jetzt beim Bundesverwaltungsgericht. Zu den Hintergründen und den möglichen Folgen des Urteils – Claudia Venohr:

Manuskript Claudia Venohr

Der US-Luftwaffenstützpunkt Ramstein ist für Faisal bin Ali Jaber aus dem Jemen mitverantwortlich für den Tod seiner Verwandten, die bei einem US-Drohnenangriff ums Leben kamen. Er ist einer der drei Jemeniten, die gegen die Bundesregierung klagten, weil sie Kampfdrohneneinsätze unter Nutzung Ramsteins, wie er ihn 2012 erlebte, nicht verbiete:

O-Ton bin Ali Jaber (Voiceover)

„Der 29. August war ein schwarzer Tag. Er begann gut. Mein Sohn hatte gerade geheiratet, wir feierten ausgiebig. Ich saß abends um neun mit meiner Familie beim Essen, als ich das Brummen der Drohnen hörte. Ich konnte sie nicht sehen, aber einen Moment später sah ich ein rot-oranges Licht und dann erschütterte ein Raketeneinschlag unsere Fenster. Es war unvorstellbar, es war, als würde der Berg explodieren. Es folgten drei weitere Raketen. Fünf Minuten später rief meine Tochter weinend an. Meine Frau und ich fuhren sofort los zu ihr. Auf halbem Weg sahen wir eine Gruppe von Menschen, die uns sagte, eine Rakete habe ein Auto getroffen. Überall waren Leichenteile und Blut. Da wussten wir, dass Salim und Walid tot waren.“

Faisal bin Ali Jaber schilderte diesen tödlichen Drohnenangriff gegenüber dem Menschenrechts-Verein „European Center for Constitutional and Human Rights“, kurz ECCHR, in Berlin. Mit dessen Hilfe erhob er Klage, die zunächst am Verwaltungsgericht Köln scheiterte und in 2. Instanz am Oberverwaltungsgericht Nordrhein-Westfalen, in Münster, teilweise Erfolg hatte. Andreas Schüller, Rechtsanwalt und Leiter des Programms Völkerstrafrecht beim ECCHR erklärt, warum ein deutsches Gericht überhaupt zuständig ist:

O-Ton Schüller

„Die Familie bin Ali Jaber hat in Deutschland geklagt, weil der Luftwaffenstützpunkt eine wichtige Rolle spielt im gesamten Drohnen-Programm der USA. Es gab Versuche, in den USA Klage einzureichen. Die ist aber abgelehnt worden, weil Verfahren dieser Art als die nationale Sicherheit gefährdend eingestuft und überhaupt nicht von Gerichten zugelassen werden. Deshalb hat sich die Familie bin Ali Jaber an deutsche Gerichte gewandt, um insbesondere die Rolle des Luftwaffenstützpunkts Ramstein zu thematisieren, die Verantwortung der Bundesregierung. Im Endeffekt geht es um das Recht auf Leben der Familie bin Ali Jaber im Jemen.“

Drohneneinsätze, wie jene im Jemen, sind auch völkerrechtlich umstritten. Da es ein nicht internationaler bewaffneter Konflikt sei, also quasi kein Land mit dem die USA im Krieg sind, gelten hier andere Regeln, wie Alexander Koll, wissenschaftlicher Mitarbeiter für humanitäres Völkerrecht an der Universität Gießen und assoziierter Forscher der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung erklärt:

O-Ton Koll

„Da es keine Genehmigung des Sicherheitsrates für den Jemen gibt, gibt es zwei mögliche Rechtsgrundlagen für die Anwendung von direkter Gewalt durch die Vereinigten Staaten. Zum einen die Zustimmung der jemenitischen Regierung oder die Selbstverteidigung der USA à la ‚War on Terror‘. Die Rechtsgrundlage findet sich im Jemen in der Zustimmung der jemenitischen Regierung. Aber die moralische Rechtfertigung liegt darin, dass sich die USA irgendwann gesagt haben: ja, wir müssen den Terrorismus in der Welt bekämpfen und deswegen können wir unser Selbstverteidigungsrecht durch diesen ‚War on Terror‘ ausüben.“

Auch im sogenannten „Krieg gegen den Terror“ muss jedoch zwingend zwischen Kombattanten, also Kämpfern der Terrororganisationen, und Zivilisten unterschieden werden. Außerdem muss ein solcher Einsatz verhältnismäßig sein. Das heißt, verboten sind Angriffe, bei denen mit Toten und Verletzten in der Zivilbevölkerung zu rechnen ist, die in keinem Verhältnis zum erwarteten militärischen Vorteil stehen. Alexander Koll nahm in West Point, USA, an einem Programm über die Risikoabwägung sogenannter Kollateralschäden, also ziviler Opfer, teil:

O-Ton Koll

„Das ist ein ganz schematischer Ablauf, um Operationen so schonend wie möglich durchzuführen. Aber jede Operation bekommt dabei eine maximale Anzahl an kollateralen Opfern zugewiesen, zum Beispiel ein Rebellenführer

könnte auf drei Zivilisten kommen. Das ist zum einen ganz makaber und das finde ich auch moralisch höchst fragwürdig. Aber das hat halt auch zur Folge, dass Kollateralschäden zum einen vermieden werden können, weil es nur eine Höchstgrenze ist und halt versucht wird, diese Höchstgrenze nicht zu überschreiten.“

Doch was genau hat Ramstein damit zu tun? Dass die Air Base eine Schlüsselrolle bei US-Drohnenangriffen spielt, davon ist auch der Politikwissenschaftler Pascal Luig überzeugt. Er ist Mitinitiator der Kampagne „Stopp Air Base Ramstein“, die für die Schließung des Stützpunkts kämpft.

O-Ton Luig

„Man stellt sich immer vor, in den USA sitzt das Team der Drohnenpiloten und steuert die Drohnen aus den USA. Das tun sie sicherlich. Aber, was halt nicht möglich ist, dass die Signale direkt aus den USA in die Einsatzgebiete, wie dem Mittleren Osten oder Afrika gelenkt werden. Dafür braucht man eine Zwischenstation und das ist die Air Base Ramstein. Das liegt an der Erdkrümmung, weil die Signale, direkt um die Erde herum, über die Satelliten gelenkt werden können. Es ist so, dass die Drohnenpiloten meist in den USA in der Wüste von Nevada sitzen und von dort werden die Signale über ein Glasfaserkabel zur Air Base Ramstein geleitet. Und von der Air Base Ramstein werden über die sogenannte Satelliten-Relais-Station die Signale über Satelliten in die Einsatzgebiete geleitet.“

Pascal Luig beruft sich dabei auch auf die Aussagen eines ehemaligen Drohnenpiloten der US-Luftwaffe. Brandon Bryant hatte im Untersuchungsausschuss des Bundestags und gegenüber der ARD erklärt:

O-Ton Bryant (Voiceover)

„Die Luftwaffenbasis in Ramstein ist zentral für die Einsätze im Drohnenkrieg auf der ganzen Welt.“

Der Kommandeur der Air Base Ramstein, General Mark August, bestritt in einem Interview mit dem Deutschlandfunk im Frühjahr, dass von Ramstein aus Drohnen gesteuert werden:

O-Ton August (Voiceover)

„Das ist nicht wahr. Wir haben hier keine. Sehen Sie sich um auf der Air Base, wir haben hier keine.“

Dass unbemannte Kampfdrohnen von der Air Base aus geflogen werden, behaupten auch Kritiker nicht. Es gehe ihnen vielmehr um den Datenstrom, der

vom Air and Space Operation Center Ramstein über Satellit an die Drohnen übermittelt werde. Zu solchen Funkverbindungen befragt, antwortete General Mark August im Interview mit dem Deutschlandfunk:

O-Ton August (Voiceover)

„Es gibt überall Internetverbindungen. Einige sind kommerziell, andere militärisch. Aber wir kontrollieren oder führen hier keine Drohnen-Einsätze von der Air Base Ramstein aus.“

Das Oberverwaltungsgericht in Münster hat den Ablauf von Drohneneinsätzen und die Rolle Ramsteins umfangreich recherchiert. Im Ergebnis sei es eine Kooperation verschiedener Personen, an verschiedenen Orten der Welt, die zum Drohnenangriff führe: Analysten-Teams und Piloten seien in den USA, Drohnen in der Nähe der Zielregionen und dazwischen die Datenübermittlung über Ramstein.

Das Gericht hält solche Einsätze grundsätzlich für rechtmäßig, vorausgesetzt es handle sich um militärische Ziele. Aber dass dem auch so ist, müsse die Bundesregierung aktiv überprüfen. Gerichtssprecherin Gudrun Dahme:

O-Ton Dahme

„Das Gericht hat Zweifel daran, dass in jedem Fall das Völkerrecht beachtet wird bei diesen Drohneneinsätzen. Und diesen Zweifeln, auf der Grundlage des gerichtlichen Urteils, muss die Bundesrepublik jetzt nachgehen. Sie muss also Nachforschungen anstellen, ob es wirklich so ist, dass das Völkerrecht da gewahrt wird. Bisher hatten sie sich auf eine entsprechende Erklärung der USA verlassen und das hat dem Senat nicht ausgereicht.“

Die Bundesregierung hatte bis 2016 offiziell angeblich keinerlei Kenntnis über die Rolle Ramsteins im US-Drohnen-Programm. Auf mehrere Anfragen der Linken und Grünen im Bundestag, hieß es stets: Die Regierung der USA versicherte, sich an geltendes Recht zu halten. Man arbeite mit den amerikanischen Partnern vertrauensvoll zusammen und vertraue dem Wort des Anderen. Dann war es Michael Roth, Staatsminister im Auswärtigen Amt, der im Bundestag überraschend erklärte, was die US-Seite in Gesprächen inzwischen bestätigt habe:

O-Ton Roth

„Einsätze unbemannter Luftfahrzeuge würden von verschiedenen Standorten aus geflogen, unter Nutzung diverser Fernmelde-Relais-Schaltungen, von denen einige auch in Ramstein laufen würden.“

Die Air Base unterstütze außerdem die Planung, Überwachung und Auswertung von zugewiesenen Luftoperationen, so Roth.

Der Grünen-Bundestagsabgeordnete Jürgen Trittin kommentierte das damals so:

O-Ton Trittin

„Tun Sie alles dafür, damit das beendet wird. Das ist nicht nur im Sinne des Völkerrechts. Wir dürfen keine völkerrechtswidrigen Operationen von unserem Grund erlauben. Aber es ist auch in unserem Sicherheitsinteresse, denn das, was dadurch passiert, ist, dass der Terror auf der Welt mehr Zulauf bekommt und deswegen beenden Sie das!“

Pascal Luig von der Kampagne „Stopp Air Base Ramstein“ kritisiert, dass die Bundesregierung immer noch konkrete Kenntnisse bestreite.

O-Ton Luig

„Eigentlich ist es so, dass die Bundesregierung noch immer nichts zugegeben hat, also nicht wirklich. Das Wesentliche, dass vom Ramstein Tag für Tag Völkerrecht gebrochen wird, dass das deutsche Grundgesetz gebrochen wird und dass gegen das Gewaltverbot der Charta der Vereinten Nationen verstoßen wird, das hat die Bundesregierung bis zum heutigen Tage nicht zugegeben.“

Kann sie überhaupt zur Kontrolle Ramsteins verpflichtet werden? Fest steht, dass die Air Base kein extraterritoriales Gebiet der USA ist. Deshalb sei alles, was in Ramstein passiere, verfassungsrechtlich relevant, weil sich der Stützpunkt auf deutschem Boden befinde, erklärt der Völkerrechtler Alexander Koll. Er hat aber dennoch Zweifel, dass eine Kontrolle, wie sie das Oberverwaltungsgericht verlangt, rechtlich durchsetzbar ist:

O-Ton Koll

„Das Urteil des OVG Münster legt fest, dass eine Schutzpflicht der Bundesrepublik besteht. Es nimmt sich jedoch nicht heraus, diese Schutzpflicht genau zu bestimmen und in die außenpolitische Kompetenz der Bundesrepublik einzugreifen. Das Gericht verlangt also nichts anderes, als eine klare Rechtsposition nach innen und überlässt die Ausgestaltung des Handelns, wie mit dieser Schutzpflicht umgegangen werden soll, der Bundesregierung.“

Das Gericht wies den Anspruch der Kläger, die Nutzung der Air Base Ramstein für Drohneneinsätze zu unterbinden, ab. Aber es bestünden offenkundige, tatsächliche Anhaltspunkte dafür, dass die bewaffneten Drohnenangriffe im Jemen teilweise völkerrechtswidrig seien. Die deutsche Regierung darf, wenn sie Kenntnis davon erlangt, dies keinesfalls dulden. Wäre es so, käme eine Beteiligung an einem völkerrechtlichen Delikt, eventuell sogar an Kriegsverbrechen in Betracht. Das stellte auch schon der Wissenschaftliche Dienst des Bundestags in einem Gutachten fest. Dennoch seien die Einfluss- und Kontrollmöglichkeiten der Bundesregierung begrenzt, meint Alexander Koll:

O-Ton Koll

„Es kommt zum Einen darauf an, ob das Urteil überhaupt rechtskräftig wird und zum Anderen ist eine Konfrontation für die Bundesregierung wahrscheinlich aktuell alles andere als wünschenswert. Die Verzahnung Deutschlands in internationalen Bündnissen, wie der NATO, ist einfach zu groß, um einen Bruch oder ein Zerwürfnis mit den Bündnispartnern zu riskieren.“

Die Bundesregierung hat inzwischen Revision am Bundesverwaltungsgericht gegen das Urteil beantragt. Alexander Koll geht nicht davon aus, dass es Bestand haben wird:

O-Ton Koll

„Das Bundesverwaltungsgericht befürchtet wahrscheinlich eine Lawine an Folgeklagen und wird das Urteil wahrscheinlich deshalb nicht durchlassen. Eigentlich müsste das Bundesverwaltungsgericht so viel Zutrauen haben, dass weitere Klagen durch deutsche Justiz bewältigt werden können, aber eine genaue Begründung und Entscheidung bleibt abzuwarten.“

Abwarten, das muss auch Familie bin Ali Jaber. Einige Verwandte flüchteten inzwischen aus ihrer Heimat. Die Angst, durch einen Raketenangriff bewaffneter Drohnen getötet zu werden, ist zu groß. Rechtsanwalt Andreas Schüller vom Menschen-Rechtsverein ECCHR schildert ihre Situation:

O-Ton Schüller

„Insgesamt ist die Lage weiterhin extrem schwierig für die Familie. Und die Gerichtsentscheidung in Deutschland ist etwas, was sie sehr begrüßt hat. Aber natürlich gibt es noch eine ganze Reihe von Aspekten des täglichen Lebens, wo sie noch Unterstützung braucht. Und im Endeffekt die Drohnenangriffe und diese ständige Bedrohung, unter der sie nach wie vor leben, weil die Drohnenangriffe ja immer noch stattfinden, lässt sie nicht zur Ruhe kommen.“

Faisal bin Ali Jaber verlangt weder Entschädigungszahlungen noch Schmerzensgeld oder andere Hilfen von der Bundesregierung. Ihm geht es wie er dem Menschenrechts-Verein ECCHR erklärte, um etwas anderes:

O-Ton bin Ali Jaber (Voiceover)

„Ramstein ist mitverantwortlich für die US-Drohnenangriffe. Gäbe es die Unterstützung aus Ramstein nicht, wären meine Familienmitglieder, unschuldige Menschen wie Salim und Walid, noch am Leben. Ich erwarte und erhoffe mir, dass die deutsche Bevölkerung mit uns fühlt. Ich kann mir nicht vorstellen, dass die Deutschen die Rolle Ramsteins im Drohnenprogramm gutheißen. Ich denke, es wird ihnen klar werden, dass es Menschenrechten widerspricht. Ich appelliere an die Bundesregierung, dafür zu sorgen, dass Ramstein nicht für illegale Tötungen, wie bei US-Drohnenangriffen, genutzt wird.“

Eine genaue Zahl, wie viele Zivilisten bei Kampfdrohnen-Angriffen des US-Militärs oder des Geheimdienstes CIA bisher ums Leben kamen, ist verlässlich nicht bekannt. US-Präsident Trump will entsprechende Veröffentlichungen weiter einschränken. Es ist außerdem nicht davon auszugehen, dass die Bundesregierung die offene Konfrontation mit dem Bündnispartner USA in puncto Drohneneinsätze sucht. Die Klage der Jemeniten hat zumindest eines bewirkt: Sie haben den sogenannten gezielten Tötungen durch unbemannte Kampfdrohnen ein Gesicht gegeben.

* * *

Flocken

Soweit Claudia Venohr. Die Interviews und mehr zum Thema finden Sie auf der Internetseite von Streitkräfte und Strategien unter ndr.de/streitkräfte.

Die Bundeswehr wird größer. Ihr Umfang soll künftig etwa mehr als 200.000 Soldaten betragen. Aufwachsen wird auch die Deutsche Marine, die kleinste Teilstreitkraft der Bundeswehr. So jedenfalls die Planung. Einige Standorte werden daher nun doch nicht geschlossen. Zugleich werden andere Liegenschaften ausgebaut und modernisiert. So auch in Eckernförde. Die Ostseestadt mit rund 20.000 Einwohnern soll schon bald der größte Marinestandort in Schleswig-Holstein werden. Die Pläne der Bundeswehr sind nicht nur ehr-

geizig - sie sind gleichzeitig eine große Herausforderung für die Stadt. Warum, das weiß Maja Bahtijarević:

Manuskript Maja Bahtijarević

Der Marinestandort Eckernförde wächst - und das kräftig: Der Stützpunkt soll in den kommenden Jahren aufgestockt werden, um gut 1.000 militärische und zivile Stellen auf insgesamt mehr als 4.000 Dienstposten. Die Bundeswehr investiert viel Geld: Kai- und Hafenanlagen müssen saniert, Gebäude und Übungsstätten renoviert oder neu gebaut werden. Fregattenkapitän Bernd Ufermann, Kommandeur des Marinestützpunkt-Kommandos und Standortältester in Eckernförde, hält das für ein ehrgeiziges Ziel.

O-Ton Ufermann

„Wann wir diese Zahl letztendlich erreichen können, ist natürlich von vielen Faktoren abhängig. Wir als Bundeswehr müssen natürlich auch unser Personal auf dem zivilen Arbeitsmarkt generieren. Und da stehen wir natürlich ordentlich in Konkurrenz mit der Industrie, mit den zivilen Arbeitgebern und anderen Behörden.“

Die Bundeswehr hat keine eigene Bauverwaltung, sie nutzt entsprechende Dienstleistungen der Bundesländer, auch für Eckernförde. Hier ist es die Einrichtung Gebäudemanagement Schleswig-Holstein. Aber dort gab es auch Einsparungen wie bei der Bundeswehr, auch am Personal - und das fehlt jetzt. Ob alles so umgesetzt werden kann, wie es geplant ist, ist offen. Fest steht: 300 Millionen Euro will die Marine in Eckernförde investieren - vielleicht auch noch mehr, wenn es Verzögerungen gibt. Ufermann hält das für gut möglich.

O-Ton Ufermann

„Wie überall unterliegen wir auch festen und oftmals sogar sehr starren Regelwerken, die aus gesetzlichen und verfahrensbedingten Vorgaben bestehen. Das fördert nicht unbedingt die Flexibilität in diesem Bereich. Dementsprechend ziehen sich die Prozesse der Planungen bis hin zur Fertigstellung oftmals über viele Jahre, manchmal sogar Jahrzehnte.“

Der Grund, warum der Marinestützpunkt erweitert wird, ist, dass mehr Einheiten nach Eckernförde kommen. Noch in diesem Jahr wollen Norwegen und Deutschland Verträge über den Bau von sechs neuen U-Booten unterschreiben - der Klasse 212CD. Bis Ende der 2020er Jahre sollen zwei dieser Boote in

Eckernförde stationiert werden. Das U-Bootgeschwader wächst von sechs auf acht Einheiten.

Noch intensiver sind die Pläne, das Seebataillon und das Kommando Spezialkräfte der Marine, personell aufzustocken - kurz KSM. Dazu gehören neben der Kampfschwimmerkompanie auch umfangreiche Unterstützungskräfte. Die Zahl dieser Soldaten soll von rund 300 auf zukünftig 600 Soldaten verdoppelt werden.

Die größte Veränderung gibt es beim Seebataillon. Es ist die „Multifunktionsgruppe“ der Marine. Sie ist zum Beispiel für Evakuierungs- und Landeoperationen zuständig. Vor gut fünf Jahren wurde sie mit knapp 800 Soldaten aufgestellt. Geplant ist ein Umfang von fast 1.500 Soldaten. Dieser Verband ist eng verbunden mit dem Korps Mariniers, der traditionsreichen niederländischen Marineinfanterie: 2016 hatten die Verteidigungsministerinnen beider Länder eine Zusammenarbeit vereinbart. 2020 sollen Teile des Seebataillons in eine amphibische Taskforce eingegliedert werden - unter niederländischer Führung. Bataillonskommandeur Fregattenkapitän Axel Meißel:

O-Ton Meißel

„Das Seebataillon wird etwa 1.100 aktive Soldaten und bis zu 1.470 insgesamt mit Auszubildenden umfassen. Das Corps Mariniers umfasst dreieinhalb tausend, von denen ein etwas geringerer Anteil vermutlich auch aktive Soldat sein wird. Insofern sind wir natürlich der zahlenmäßig kleinere Partner.“

Der enorme Platzbedarf für das Seebataillon hat das Verteidigungsministerium zum Handeln gezwungen: Im vergangenen Jahr wurde in Berlin beschlossen, dass die Preußer-Kaserne in Eckernförde nicht aufgegeben, sondern weiter genutzt wird - durch das Seebataillon. Neben dem personellen Aufwuchs wird der Verband aber auch deutlich kampfkraftiger. Entsprechend der Ausrüstung der niederländischen Partner wird das Seebataillon auch mit Raketen und Mörsern ausgestattet. Der Inspekteur der Marine hält außerdem sogenannte Kampfboote für notwendig. Bataillonskommandeur Meißel am Rande eines Übungsschießens:

O-Ton Meißel

„Diese Kampfboote sind, ich will jetzt mal sagen multifunktional nutzbar. Wir haben konkrete Aufträge für diese Kampfboote, unter anderem im Rahmen des Hafenschutzes. Das heißt, wenn sie einen Hafen absichern und schützen müssen, dann müssen sie auch außerhalb der der Pier sicherstellen, dass niemand an den Hafen heranfährt. Sie fangen ja auch nicht erst an, sich zu verteidigen, wenn jemand klingelt. (...) Im Rahmen amphibischer Operationen sind diese Boote nutzbar, um zum Beispiel einen Halbzug irgendwohin zu verbringen, schnell und relativ abgesetzt, sodass man auf Bedrohungen reagieren kann, die man in diesem Bereich hat oder um eine Landung zum Beispiel zu unterstützen. Und dann stellt man sicher, dass der Liegeplatz, an dem eine Fähre festmachen soll, abgesichert ist durch Kräfte des Seebataillon.“

Um diese großen Ausbaupläne verwirklichen zu können, braucht man geeignete Leute. Allerdings kämpft die Bundeswehr in vielen Bereichen mit einem Personalmangel. Besonders bei technischen Verwendungen muss die Bundeswehr mit dem zivilen Arbeitsmarkt konkurrieren. Das merkt das U-Boot-Geschwader: Nicht alle Besatzungen sind vollzählig. Elektro- und Sonartechniker werden schon jetzt händeringend gesucht. Dass das Geschwader von sechs auf acht Boote wachsen soll, ist eine Herausforderung für die Werbetrupps und Wehrdienstberater der Marine. Die Pläne, die Spezialkräfte der Marine aufzustocken, sind ähnlich ambitioniert - denn auch hier sind noch nicht alle Stellen besetzt. Trotzdem gibt sich der Chef des Seebataillons bei der Personalfrage gelassen. Er macht sich keine Sorgen um den Nachwuchs:

O-Ton Meißel

„Gute Leute suchen wir immer. Die Bewerberlage ist aber gut. Überraschend gut, möchte ich fast sagen. Weil wir damit etwas gegen den Trend laufen. (...) Nicht alle bringen tatsächlich dann die Voraussetzungen mit. Das heißt nicht jeder kann bei uns bestehen, weil die körperlichen Voraussetzungen nun mal anspruchsvoll sind (...) Zugleich sind wir aber sehr gewissenhaft in der Vorauswahl unserer Leute. Und wenn jemand die Chance hat, das Ziel zu erreichen, dann trainieren wir ihn dorthin.“

Ein weiteres Problem: Wenn 1.000 zusätzlichen Dienstposten geschaffen werden sollen, brauchen diese Soldaten und ggf. ihre Familien auch Wohnraum in Eckernförde. Der Wohnungsmarkt ist bereits jetzt schon angespannt. Außerdem ist die Stadt eine Tourismus-Hochburg. Seit Jahren steigt die Zahl der Urlauber und Rentner - die finden mehr und mehr Gefallen an einem Alterswohnsitz am Ostseestrand. Bürgermeister Sibbel:

O-Ton Sibbel

„Das Thema bezahlbarer Wohnraum ist eine große politische Herausforderungen für uns in Eckernförde. Das hängt eben mit der Attraktivität der Stadt zusammen. Das hängt damit zusammen: wir haben eine hohe Nachfrage, wir haben keine Leerstände - weder im Bereich der Wohnungsimmobilien und auch im Bereich der Gewerbeimmobilien haben wir so gut wie keine Leerstände in der Innenstadt, zum Beispiel. Aber die Herausforderung ist, das wir Sorge tragen müssen, dass sich dadurch nicht die Zusammensetzung der Bevölkerung derart verändert, dass hier nur noch gut betuchte ältere Bürgerinnen und Bürger wohnen. Das wollen wir nicht. Und das will auch die Politik nicht.“

Daher sind Neubaugebiete mit rund 600 Wohneinheiten in Planung, so Sibbel. Trotz dieser Probleme gibt es aus der Politik von fast allen Ratsfraktionen positive Reaktionen. Kein Wunder: Nicht wenige Ratsherren und Ratsfrauen haben selbst einen Marine- oder Bundeswehrhintergrund oder Familienmitglieder, die dort waren oder immer noch sind. Einzig die Partei „Die Linke“ ist gegen die Ausbaupläne. Sie kritisiert vor allem die angespannte Wohnungssituation. Die Bewohner von Eckernförde haben auch ihre Zweifel:

Umfrage

„Das ist natürlich ein ganz sensibles Thema in Eckernförde, bezahlbarer Wohnraum.“ / „Das wird nicht günstiger werden, und das hat sich hier in Eckernförde auch ganz schön verändert, es ist ganz schön teuer geworden.“ / „Wir selber suchen auch gerade eine neue Wohnung, wollen uns vergrößern, und wenn jetzt noch mal 1.000 oben draufkommen, das ist schon eine Hausnummer finde ich. Das wird sportlich, auch für die Stadt.“ / „Wenn sich das noch vergrößert, dann wird sich die Stadt auch weiterentwickeln, bebaut werden. Ich weiß nicht, ob das dann so positiv ist.“ / „Ich weiß nicht, wie gut man im Moment eine Wohnung in Eckernförde kriegt. Ich glaube da sind die Chancen nicht so rosig, und wenn jetzt noch 1.000 Leute extra kommen, wird es nicht einfacher. Und da finde ich auch, die Stadt tut nicht superviel für die Eckernförder, die hier wohnen wollen und hier sowieso schon leben.“

Die Herausforderungen für die kleine Stadt an der Ostsee sind sicher gewaltig. Große Baumaßnahmen verlaufen in Deutschland in der Regel nicht wie ursprünglich geplant. Und auch die Bundeswehrplanungen sind oft korrigiert worden. Man darf daher gespannt sein, ob Eckernförde schon bald wie angestrebt der größte Marinestandort in Schleswig-Holstein sein wird.

* * *

Flocken

Ein Bericht von Maja Bahtijarević.

Immer wieder fordern die USA, die Europäer sollten erheblich mehr Geld fürs Militär ausgeben. Und in der Tat - die Verteidigungsausgaben steigen. Die EU versucht, insbesondere eine europäische Rüstungsindustrie aufzubauen, um so mehr Synergie zu schaffen, mit dem Ziel, die Streitkräfte besser und möglichst einheitlich auszustatten.

Aber diese Anstrengungen finden nicht unbedingt den Beifall Washingtons. Offenbar würde die US-Regierung lieber eigene Waffen an die Europäer verkaufen. Björn Müller über eine US-Initiative, die bei den Europäern für Irritationen sorgt:

Manuskript Björn Müller

Kürzlich wurde bekannt, dass die USA einen neuen Fonds aus der Taufe gehoben haben, der südosteuropäische Staaten mit einer Anschubfinanzierung unterstützen soll, wenn sie ihre russischen bzw. sowjetischen Waffen ausmustern und durch US-Systeme ersetzen. Der Name des Fonds: European Recapitalization Incentive Program, kurz ERIP. Zu Deutsch: Europäisches Neufinanzierungs-Anreiz-Programm. Der Fonds ist zurzeit mit 190 Millionen US-Dollar ausgestattet. Die Zielländer für das Waffen-Austauschprogramm sind Griechenland, Albanien, die Slowakei, Bosnien-Herzegowina, Nordmazedonien und Kroatien.

Das US-Außenministerium verweist auf den sicherheitspolitischen Nutzen des ERIP-Fonds. Der Austausch von russischen Waffensystemen gegen US-Systeme stärke die NATO-Verteidigungsanstrengungen gegenüber Russland. Denn dadurch werde die Interoperabilität mit den Bündnispartnern verbessert. Auf den ersten Blick ist die US-Initiative ein durchaus sinnvolles Vorhaben. Handelt es sich doch gerade bei den Adressaten in Südosteuropa um ärmere Staaten, deren Streitkräfte wenig schlagkräftig sind und einen immensen Modernisierungsbedarf aufweisen. Bemerkenswert ist allerdings der Zeitpunkt.

Ohne großes Aufsehen zu machen, hatten die USA das European Recapitalization Incentive Programm bereits im Sommer vergangenen Jahres aufgelegt. Der Öffentlichkeit bekannt wurde der Fonds erst vor einigen Monaten durch Medienberichte. Diese Zurückhaltung ist ungewöhnlich, denn normalerweise inszenieren sich Staaten gerne über solche Hilfsprogramme.

Was steckt also hinter der US-Initiative? Die Amerikaner starten ihren Fonds zum Kauf von US-Waffen zu einer Zeit, in der die europäischen US-Verbündeten erhebliche eigene Anstrengungen über die EU unternehmen, um ihre zersplitterten Rüstungsindustrien zu konsolidieren und versuchen, ihre unterschiedlichen Ausrüstungen zu vereinheitlichen. PESCO heißt das Zauberwort. Die Abkürzung steht für ‚Ständige strukturierte Zusammenarbeit‘ im Verteidigungsbereich. Inzwischen sind mehrere Projekte vereinbart worden wie beispielsweise ein Europäisches Sanitätskommando. Auf den Weg gebracht wurde zudem der EU-Verteidigungsfonds mit 13 Milliarden Euro für weitere Vorhaben. Der Sicherheitsexperte Daniel Fiott vom Institute for Security Studies der EU in Paris sieht in dem den US-Fonds trotz seiner vergleichsweise kleinen Summe vor diesem Hintergrund eine gefährliche Versuchung für einige EU-Länder. Denn Staaten, die US-Waffen kaufen, nutzen diese jahrzehntelang und wären bei Wartung und Modernisierung auf die USA angewiesen.

O-Ton Fiott (Voiceover):

„Europäische Staaten dürfen bei der Beschaffung nicht nur auf die kommenden Jahre schauen, sondern müssen viel mehr darüber nachdenken, wie Beschaffung in Zukunft aussehen wird. Die Zukunft wird bei jenen Ländern liegen, die in der Lage sein werden, Verteidigungstechnologien zu entwickeln und diese zu kontrollieren. Wir müssen auch den Fakt in Rechnung stellen, dass die Industrie nicht einfach vom Kauf von Rüstungsprodukten ‚Von-der-Stange‘ leben und überleben kann.“

Trotzdem: Erste Kandidaten für das European Recapitalization Incentive Programm haben bereits angebissen. Die EU-Mitglieder Slowakei und Kroatien beabsichtigen, den US-Fonds zu nutzen. Das teilten die Verteidigungsministerien in Bratislava und Zagreb NDR Info mit. Die Slowakei für neue Helikopter; und Kroatien plant, seine alten Schützenpanzer aus Sowjet-Produktion durch das US-Modell Bradley zu ersetzen. Auch das kommende NATO-Mitglied

Nordmazedonien bekundet gegenüber NDR Info Interesse an der Anschubfinanzierung des US-Fonds.

Nun ist die Region Südosteuropa, also der Adressat des European Recapitalization Incentive Programms der USA, per se kein bedeutender Markt für Rüstungsgüter. So erachtet das deutsche Verteidigungsministerium den amerikanischen Vorstoß zum Verkauf von US-Waffen an Kroatien und andere Länder rüstungsstrategisch nicht von Belang. Ein Ministeriumssprecher teilte NDR Info schriftlich mit:

Zitat

„Das BMVg begrüßt grundsätzlich Initiativen, die dazu geeignet sind, europäischen Partnerländern modernes Gerät westlicher Bauart verfügbar zu machen. Dies gilt auch für Einzelfälle, in denen eine Beschaffung amerikanischer Rüstungsgüter den europäischen Gesamtansatz zur Stärkung der europäischen Strukturen, z.B. mit dem Ziel einer Reduzierung der Typenvielfalt bei den Rüstungsgütern, zunächst nicht stützt.“

Auch die deutsche Rüstungsindustrie hat in Südosteuropa bis jetzt offenbar kein allzu großes wirtschaftliches Interesse. Eine entsprechende Anfrage von NDR Info wurde jedenfalls vom Bundesverband der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie nicht beantwortet. Doch es geht nicht nur um das Besetzen von Rüstungsmärkten. Mit ihrem European Recapitalization Incentive Programm könnten die USA noch eine ganz andere Zielrichtung verfolgen. Ulrike Franke, Sicherheitsexpertin beim European Council on Foreign Relations in London:

O-Ton Franke

„Was mit Sicherheit erwähnenswert ist, ist das die USA eigentlich immer relativ gut darin waren, gewisse Partner in der EU zu suchen, zu schaffen, die ihre Interessen - spezifisch zum Beispiel in der Europäischen Union, im Parlament, im Rat etc. - vertreten können. Und die USA haben ja derzeit das Problem, dass mit Großbritannien ihr präferierter und engster Partner aus der EU austritt.“

Ein Sprecher des US-Außenministeriums gibt gegenüber NDR Info an, dass das State Department im anstehenden Haushaltsjahr eine weitere Runde des European Recapitalization Incentive Programms mit neuen Partner auflegen möchte. Gerne auch mit zusätzlichen Mitteln des US-Verteidigungsministeriums. Eine politische Entscheidung dazu stehe aber noch

aus. Kommt es zu einer Intensivierung solcher Anreizprogramme zum Kauf von US-Waffen in Europa, könnte dadurch ggf. das Vorhaben der Europäer, ihre Verteidigung zu konsolidieren, durchaus gestört werden, warnt Ulrike Franke:

O-Ton Franke

„Es ist jetzt so, dass derzeit, insbesondere aus Polen, also aus Osteuropa, es eine gewisse Sorge gibt, dass PESCO und der europäische Verteidigungsfonds am Ende vor allen Dingen den schon bestehenden, den größeren, den halt de facto westeuropäischen Konzernen, Unternehmen wie Airbus etc. helfen könnte. Aber es kann eben dazu führen, dass manche Länder eben doch entscheiden werden, amerikanisch zu kaufen und eben nicht, sagen wir mal, bei den europäischen Projekten mitzumachen. Und diese Konkurrenz ist zumindest ungünstig.“

Erst vor Kurzem kritisierte die US-Regierung in einem geharnischten Beschwerdebrief an die Europäische Union die ständige strukturierte Zusammenarbeit PESCO und den EU-Verteidigungsfonds. Washington monierte, dass, wenn sich US-Unternehmen an Projekten beteiligten, ihnen nur eine Junior-Rolle eingeräumt würde. Über die mit diesem Vorstoß verbundene Absicht der USA Ulrike Franke vom European Council on Foreign Relations in London:

O-Ton Franke

„Meine persönliche Ansicht ist, dass der Hauptgrund, warum die Amerikaner diesen ganzen Anstrengungskatalog - insbesondere den Verteidigungsfonds - so negativ sehen, die Sorge ist, dass aus diesem Fonds und aus den PESCO Projekten sich Hochtechnologieprojekte entwickeln könnten, bei denen sie dann, entweder nicht dabei sind - also bei denen amerikanische Unternehmen nicht dabei sind - oder wenn sie dabei sind, dass sie – nach den aktuellen Regelungen – die Handhabe über Exporte verlieren.“

Der Erhalt ihrer Führungsrolle bei militärischer Hochtechnologie gilt den USA als der entscheidende Faktor, um den globalen Führungsanspruch der Vereinigten Staaten zu behaupten. Das wird aus der Nationalen Sicherheitsstrategie der Trump-Regierung deutlich. China gilt den USA inzwischen als Hauptkonkurrent bei militärischen High-Tech-Produkten. Deshalb sei es für Washington extrem wichtig, seine starke Position am europäischen Rüstungsmarkt langfristig zu erhalten, glaubt Daniel Fiott vom EU Institute for Security Studies in Paris. Der Vorstoß der USA gegen europäische Rüstungsvorhaben müsse daher in diesem globalen Zusammenhang gesehen werden:

O-Ton Fiott (Voiceover):

„Die USA sehen zum Beispiel – im Kontext des Wettstreits mit China – dass China in Zukunft potenziell nicht nur selbst fortschrittlicher in dem Bereich Militärtechnologie wird, sondern in der Tat zum Exporteur von Rüstungsgütern. Das ist China bereits; aber was die Vereinigten Staaten wirklich fürchten – denke ich - ist das hohe technologische Niveau dieser Exporte in der Zukunft. Mit Blick auf den europäischen Markt - wenn sie auf Initiativen wie den Europäischen Verteidigungsfonds EDF und PESCO schauen – denke ich, sind sie der Überzeugung, dass es mit Blick auf die zukünftige Entwicklung besser ist, jetzt zu versuchen, diesen Markt so zu erhalten wie er es für viele Jahre war; nämlich mit sehr vorteilhaften Bedingungen für den US-amerikanischen industriellen Wettbewerb und Rüstungsunternehmen.“

Im Ausblick heißt das, die USA könnten zum Erhalt ihrer globalen Führungsrolle bei der Militär-Technologie verstärkt gegen gemeinsame Rüstungsvorhaben der Europäer vorgehen; ein erster Schritt in diese Richtung wäre möglicherweise der weitere Ausbau von Anreizprogrammen wie das European Recapitalization Incentive Programm zum Kauf von US-Waffen.

* * *

Flocken

Björn Müller berichtete.

Das war's für heute in Streitkräfte und Strategien. Die Sendung können Sie als Podcast herunterladen – in der ARD-Audiothek. Dort gibt es übrigens auch noch viele andere interessante Sendungen, Reportagen, Hörspiele und Talks. Vielleicht hören Sie mal rein. Ein schönes Wochenende wünscht Andreas Flocken.